

Deutsche Gewerbezeitung



Erscheinen:
Wöchentlich 2 Nummern;
mit vielen Holz-
schnitten und Figuren-
tafeln.
Preis:
5½ Thaler oder
9 Gulden 20 Kr. rhein.
jährlich.
Bestellungen auf das
Blatt sind in allen Buch-
handlungen und Postämtern
des In- und Auslandes zu
machen.

Beiträge:
an F. G. Wied,
und

Inserate:
(zu 1 Ngr. die dreispaltige
Zeile Petit)
sind an die Buchhandlung
von Robert Bamberg
in Leipzig zu richten.
Angemessene Bei-
träge für das Blatt
werden honorirt.

Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: **Friedrich Georg Wied.** — Unter Mitwirkung von **Johann Georg Günther.**

Inhalt: Die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, Oberländer, vom 3. April 1848. Aufforderung zur Bildung von Ausschüssen für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse. — Die Theorie des Thaus. — Briefliche Mittheilungen und Auszüge aus Zeitungen. Welche Industriezweige sollen geschützt werden? — Nachrichten aus Sachsen. (Chemnitz.) — Baumwollspinnerei. — Der Handel mit Lebensmitteln. — Ersparnisanstalt in Mockau. — Bücherschau. Lebensbilder ausgezeichneten und merkwürdiger Männer und Frauen. — Rundschreiben an den deutschen Gewerbestand. — Allgemeiner Anzeiger.

Die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, Oberländer, vom 3. April 1848.

Aufforderung zur Bildung von Ausschüssen für Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse.

Mit hoher Freude begrüßen wir die Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, Oberländer, vom 3. April: die Arbeitsverhältnisse betreffend und ihren Vorläufer im Dresdner Journal von Hrn. Dr. Weinlig. Wir veröffentlichen beide Rundgebungen so schnell als es unsre Druckeinreichung erlaubt. Durch die gedachte Bekanntmachung ist von Grund aus das System aufgegeben, was sich unter dem abgetretenen Ministerium schon bis zu einem hohen Grad der Vollständigkeit ausgebildet hatte, nämlich das System der Bevormundung des Gewerbestandes, der Unfehlbarkeit und Unnahbarkeit der Regierung bei Gelegenheit von Fragen, bei denen der ganze Gewerbestand auf's innigste theilhaftig ist; das System, welches von dem Grundsatz ausging, daß die Gewerbetreibenden, Arbeiter und Arbeitgeber, nicht fähig seien, sich auf den Standpunkt zu erheben, von dem aus sie neben ihren besondern Interessen auch die der Staatswohlthat zu berücksichtigen vermögen, ja, daß sie nicht unbefangene genug seien, selbst am richtigsten über Zustände zu urtheilen, in denen sie Jahr aus Jahr ein leben, sondern daß deren Beurtheilung allein von einer Höhe möglich sei, auf die sich die Regierung in großmächtiger Erhabenheit allein zu stellen habe; das System, welches endlich so überaus kühn war, selbst bei technischen und fabrikwirthschaftlichen Fragen, die tiefe, wohlwogene Begutachtung der Industriellen, der sachverständigsten Leute im Fach auf die wegwerfendste Weise zu behandeln, das System, welches sich vermaß, nach Gutdünken Männer zu berufen, um über Sachen rein gewerblicher Natur abzustimmen, mit beleidigender Hintansetzung des Grundsatzes der freien Wahl durch den Gewerbestand selbst. Für alle diese Behauptungen werden wir nach und nach in diesen Blättern thatsächliche Belege bringen, damit der Gewerbestand und Alle, die sich für die weltbewegende Arbeitsfrage interessieren, deutlich und mit hoffnungsfrohen Herzen erkenne, aus welchen Banden sie erlöst und welche Unterstützung sie zu erwarten haben, wenn die neuberufene Regierung fortschreitet, wie sie begonnen, auf ihrem Wege, und nicht erlahmt. Der eingeschlagene Weg ist aber der Weg der Ausgleichung und Verständigung und nur auf

demselben ist zu einem festen Ergebnis zu gelangen. Eine gegnerische Stellung der Arbeitgeber zu den Arbeitern, der zünftigen Gewerbe zu den unzünftigen würde uns in einen Abgrund stürzen, aus dem wir uns vielleicht endlich, aber zerfleischt und gebrochen an allen Gelenken zu erheben vermöchten. Ein Zusammentreten aller Faktoren der gewerblichen Produktion ist unumgänglich nöthig, um vereint dem Sturm besser trogen zu können. Die Regierung kann zunächst weiter Nichts thun, als die Hand dazu bieten, auf daß redlich, offen und auf der breitesten Grundlage der Selbstbestimmung darüber berathen werde, was gethan werden muß. Man komme uns nicht mit der Einrede, daß alle Berathungen doch nicht für den Augenblick helfen werden; das können sie freilich nicht und wir müssen leider, wohl oder übel, vor der Hand die Folgen eines Systems über uns ergehen lassen, das mehr oder minder in ganz Deutschland seinen entnervenden Einfluß 30 lange Jahre ausgeübt hat. Mit einigen Schlägen läßt sich allerdings nicht frei machen, was durch eine 30 jährige Nichtachtung aller gewerblichen Interessen, durch einen der schlechtesten Zolltarife, durch den Mangel an aller freier Selbstbestimmung in Bezug auf Einrichtungen zum Nutzen der Industrie, durch die tausende von Ketten krafterstickender Gewerbebeschränkungen, durch Gesetzlosigkeit inmitten einem verworrenen Haufwerk von Gesetzen zusammengepreßt, entfittlicht und entmuthigt worden ist. Wir müssen uns selbst helfen und dazu bietet uns die Regierung offen und ehrlich die Hand dar. Aber sie wird mehr thun und Alles daran setzen, um sich Mittel zu verschaffen und dieselben zweckmäßig anzuwenden, um wenigstens die Kreditlosigkeit zu mildern, die schlimmer ist als die Noth selbst, weil sie das Vermögen lähmt, fortzuarbeiten. Außerordentliche Zeitumstände erfordern außerordentliche Maaßregeln. Es sind Finanzüberschüsse vorhanden, welche zu Gelde gemacht werden können, um der Industrie einen Theil von Dem wieder vorzuschießen, was man ihr ohne Noth zu viel abgenommen hat. Vor der Verantwortlichkeit darf sich die Regierung nicht scheuen, wenn es der Erhaltung von gewerblichen Zuständen gilt, die höchst